

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 194 (1921)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik.

(Weltchronik Juni 1919 bis Juli 1920.)

Ausland.

Von allen kriegsführenden Ländern hat zweifellos Frankreich am meisten gelitten. Dieses Land, dessen Niedergang schon lange vorausgesagt worden ist, hat die Welt in Erstaunen gesetzt durch seine kräftige und ruhmvolle Abwehr des feindlichen Einfalles, und heute muß man sich wieder verwundern über die politische Vernunft und den energischen Willen zur Wiederherstellung der Kriegsschäden. — Am 16. November 1919 fanden die Neuwahlen der Kammer statt, die während dem Krieg nicht vorgenommen worden waren; sie ergaben eine Niederlage der Sozialisten und der linksstehenden Parteien, während die gemäßigten Parteien gestärkt daraus hervorgingen. — Auf das Kabinett Clemenceau folgte das Ministerium unter Millerand, einem durch seine Erfahrungen gemäßigten Sozialisten. Es ist der neuen Regierung bis jetzt gelungen, die Ordnung aufrechtzuerhalten und einen gefährlichen Eisenbahnerstreik durch kräftigen Widerstand unschädlich zu machen. — Der Präsident der Kriegsjahre, Poincaré, wurde ersetzt durch Paul Deschanel, den frühern Ministerpräsidenten. Ein anderer hervorragender französischer Staatsmann, Léon Bourgeois, wurde zum Präsidenten des Völkerbundesrates bestimmt. — Der gegen den frühern Minister Caillaux angestrebte Prozeß hat endlich sein Ende gefunden. Caillaux, dessen Schuld wohl eher in unvorsichtigen Handlungen als in Hochverrat bestand, wurde zu Gefängnis verurteilt, welche Strafe aber durch Anrechnung der Untersuchungshaft nicht zur Ausführung kommt. —



Paul Deschanel.
Präsident der Französischen Republik.

Die Schweiz und Frankreich stehen in Unterhandlung über die Zonenfrage in Savoyen und über die Rheinschiffahrt. Bis jetzt haben wir wenig Entgegenkommen gefunden, aber es ist zu hoffen, daß diese wichtigen Fragen doch noch eine befriedigende Lösung erfahren werden.

Die Anstrengungen Belgiens bewegen sich in derselben Richtung wie diejenigen von Frankreich. Große Teile des Landes sind durch den Krieg verwüstet worden, und auch das durch den Krieg fast ganz eingestellte politische und wirtschaftliche Leben muß wieder hergestellt werden. Im Gegensatz zu Frankreich haben die Sozialisten aus den Kammerwahlen auf Kosten der Liberalen und Katholiken Gewinn gezogen. Die Partei der sozialistischen Arbeiter steht auf gemäßigtem Standpunkt, und die Verwirklichung der angestrebten sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte soll auf dem gesetzlichen Weg erfolgen. Das politische Leben dieses Staates wird dadurch etwas schwierig gemacht, daß in der Kammer die Linksparteien über die Mehrheit verfügen, während sie im Senat in der Minderheit sind. Immerhin wird eine Verständigung bei gutem Willen nicht unmöglich sein. Allgemeine Anerkennung findet stets der tüchtige und

tapfere König Albert.

In Italien hat der Streit über die Vorherrschaft am Adriatischen Meer dem Ministerium Orlando-Sonnino das Leben gekostet, das sich doch durch die Reorganisation des Widerstandes nach der Niederlage von Caporetto große Verdienste erworben hatte. Es wurde ersetzt durch das Kabinett Nitti-Tittoni, das sich denselben äußern und innern Schwierigkeiten gegenüber sah, nämlich der Adriatischen Krise und der Unzufriedenheit des Volkes über die teure Lebenshaltung. Dazu

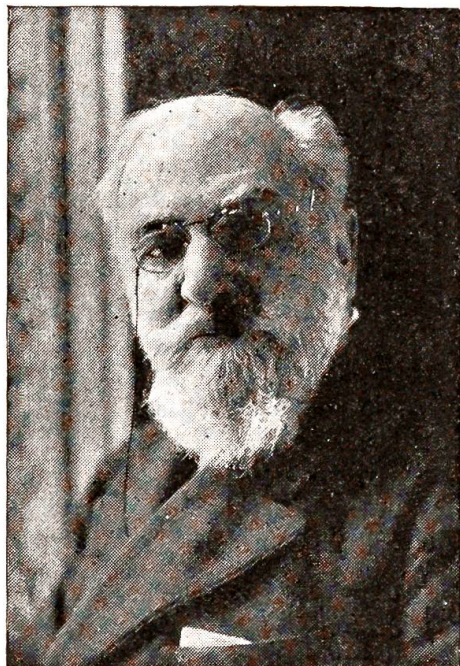
Sam der Handstreich von Gabriele d'Annunzio, der mit einer Truppe von Freiwilligen die Stadt Fiume besetzte und sich dort allen Protesten und Anstrengungen zum Trotz zu halten mußte. — Aus den Kammerwahlen, die am selben Tage stattfanden wie in Frankreich und Belgien, zogen die extremen Parteien den größeren Nutzen: Sozialisten und Katholiken. Das Ministerium Mittiwich dem Kabinett Giolitti. Zur größten Überraschung vollzog sich die Wiederkehr dieses bedeutenden Staatsmannes zur Regierungsgewalt, nachdem er durch seine Anstrengungen gegen den Krieg der bestgehaßte Mann Italiens gewesen war. Es war eben in diesem Augenblick niemand anders da, der das von Aufständen und Kriegen heimgesuchte Land in diesem Moment besser hätte regieren können. Das Ministerium hat sich gut eingeführt, die Ordnung ist wieder hergestellt, und verschiedene Reformen wirtschaftlicher und sozialer Natur sind in Angriff genommen.

England ist durch den Krieg in seiner Weltmachtstellung bedeutend gestärkt worden, teils durch die Sicherung seines Protektorats über Ägypten, durch den verstärkten Einfluß in Palästina und Mesopotamien, teils auch durch die ihm zufallenden deutschen Kolonien. Aber auch hier fehlt es nicht an schwierigen Fragen. Das Land wurde in seiner Existenz bedroht durch einen sehr ernsthaften Eisenbahnerstreik. Zum Glück verfügte die Regierung infolge des Krieges noch über genügende Macht- und Verkehrsmittel, um die Verproviantierung der Nation sicherzustellen. Außerdem wendete sich die öffentliche Meinung, die in England eine Großmacht ist, scharf gegen den Streik. Mit dem Streik ist aber hier wie anderswo die allgemeine Bewegung der Arbeiterklasse nicht beige'egt. Ebenso viele Sorgen bereitet der englischen Regierung Irland. Die Bewegung, die Irland von England loslösen will, ist stärker denn je, und beständige Attentate versetzen das

Land in Unruhe. Bis jetzt haben alle Konzessionen die Bewegung nicht eindämmen können. Lloyd George, der noch immer Ministerpräsident ist, wird seine ganze Geschicklichkeit aufwenden müssen, wenn er des Aufstandes Herr werden will.

Am 11. Juli 1920 starb in der Hauptstadt von Spanien, wohin sie sich in Vorahnung ihres baldigen Endes begeben hatte, die Ex-Kaiserin Eugenie im Alter von 94 Jahren. Die Verstorbene hat in der Geschichte eine solche Rolle gespielt, daß wir hier einige nähere Angaben machen wollen:

Eugenie Maria de Guzman von Montijo wurde geboren am 5. Mai 1826 in Granada als Tochter eines bescheidenen Adelsgeschlechts. Nach einer meistens auf Reisen verbrachten Jugend lernte sie den Prinz-Präsidenten Louis Napoleon kennen, der sich unter romanhaften Umständen in sie verliebte, sie dann im Jahre 1853 heiratete und so zur Kaiserin der Franzosen machte. Sie war es, unter deren Führung der französische Hof zum glänzendsten der Welt wurde; sie war es auch, die im Jahre 1870 besonders heftig zum Kriege mit Preußen trieb, der die Ursache zum Niederbruch Frankreichs wurde. Nach dem Kriege und dem Sturz des Kaiserreichs trat sie ins Privatleben zurück und überlebte den Kaiser um 47 Jahre. Ein besonderes An-



Léon Bourgeois.
Erster Präsident des Völkerbundrates.

denken stiftete sich die Ex-Kaiserin in der Schweiz durch die Schenkung des prächtig gelegenen Schlosses Arenenberg bei Ermatingen an den Kanton Thurgau.

Die Niederlande haben sich mit England und der Schweiz in die Ehre geteilt, politischen Flüchtlingen ein Asyl zu bieten. Während aber das mächtige England diese Rolle ohne alle Bedenken spielen kann, birgt das Asylrecht für die kleinen Länder große Gefahren. Die Niederlande haben, wie die Schweiz in früheren Fällen, auf diesem ihrem Recht bestanden und die Auslieferung des Ex-Kaisers Wilhelm II., der sich auf ihr Gebiet geflüchtet hatte, verweigert, und sind auf diesem

kraftvollen und würdigen Standpunkt geblieben trotz heftiger und dringender Vorstellungen. — Der holländische Prinz-Gemahl, ein großer Freund der Schweiz, hat auch dieses Jahr wieder unser Land und den Bundesrat besucht.

Durch die im Friedensvertrag von Versailles vorgesehene Abstimmung ist der nördliche Teil von Schleswig an Dänemark gefallen, während die südlichen Gebiete sich für Deutschland entschieden.

Schweden hofft vom Völkerbund die Åland-Inseln zu bekommen. Aber auch Finnland erhebt Ansprüche auf diese Inseln, so daß der Völkerbund über diese Streitfrage zu entscheiden haben wird.

Norwegen erhebt wie die Schweiz keine Ansprüche aus der Liquidation des Krieges.

Im letztjährigen Kalender haben wir noch den Frieden von Versailles erwähnt, der am 28. Juni 1919 mit Deutschland abgeschlossen wurde. Nur mit äußerstem Widerstreben und dem Zwang der Umstände gehorchend hatte das besiegte Land diesen Frieden angenommen. Die erste Folge dieses Friedensschlusses war der Sturz des Ministeriums Scheidemann. Der frühere Arbeitsminister Bauer bildete eine neue Regierung, in der unter anderen die Sozialisten Hermann Müller, David und Noske und der Zentrumsführer Erzberger saßen.

Die neue deutsche Verfassung ist durchaus demokratisch. Die Volksvertretung, der Reichstag, wird nach dem allgemeinen direkten Wahlrecht gewählt, wobei auch die Frauen stimmberechtigt sind. Die andere Kammer, der Reichsrat, der die Staaten vertritt, verfügt nur über geringere Rechte. Die Ministerverantwortlichkeit ist ebenfalls aufgenommen. Dem Staatsbürger stehen außer seiner Stimmberechtigung auch die gesetzgeberische Initiative und das Referendum zu. Die Verfassung ist vom Volk angenommen worden. In den Reichstagswahlen hatten die extremen Parteien, die unabhängigen Sozialisten und die Konservativen, die größten Erfolge. Das Ministerium Müller hat einem Ministerium Fehrenbach Platz gemacht, das sich nur mit großer Mühe bilden konnte. Zwischen der Entente und Deutschland ist in einer Konferenz in Spa ein Abkommen über die Kohlenlieferungen und die Abrüstung getroffen worden.

Wohl das tragischste Schicksal von den vom Kriege betroffenen Ländern hat Österreich erlitten. Die sehr schweren Friedensbedingungen sind vollständig aufrechterhalten worden. Die Tschechoslowakei behält die reichen Gebiete von Südmähren, Italien behält Südtirol bis zum Brenner, die Jugoslawen besitzen die Minengebiete der Ostalpen. 4 Millionen deutschsprechende Österreicher leben so unter der Fremdherrschaft. Vom ganzen habsburgischen Reich bleibt nur ein kleines Land mit 6 Millionen Einwohnern übrig, mit der unverhältnismäßig großen Hauptstadt Wien. Deutsch-Österreich, ohne genügend Ackerbau, ohne Bodenschätze, ohne Industrie, kann nicht leben, sondern ist zur Verarmung verurteilt. Trotz allen Anstrengungen der neutralen und sogar der ehemals feindlichen Länder fehlt es an Lebensmitteln, so daß Tausende von Personen Hungers gestorben sind. Der Friede mit Österreich ist im September 1919 in St. Germain unterzeichnet worden.

In Ungarn hatte sich nach dem Waffenstillstand eine Sowjetrepublik nach russischem Muster gebildet. An der Spitze dieser sogenannten Republik stand Bela Kun, der wie sein Vorbild Lenin das Land terrorisierte. Diese Schreckensherrschaft konnte nicht dauern, der Diktator wurde weggejagt, und an seine Stelle trat Erzherzog Josef, der in Ungarn eine große Popularität genoß. Ordnung und Sicherheit wurden rasch wieder hergestellt. Auf Verlangen der Entente mußte sich aber Erzherzog Josef bald zurückziehen. Das gegenwärtig regierende Ministerium Horthy sieht sich großen innern und äußern Schwierigkeiten gegenüber.

Bulgarien hat auch das Los seiner Verbündeten geteilt. Der Friedensvertrag hat alle seine Ansprüche auf Mazedonien abgewiesen, es verliert Thrazien, und die Dobrudscha fällt an Rumänien zurück. Außerdem hat es eine Kriegsschädigung von 2 $\frac{1}{2}$ Milliarden zu zahlen. Immerhin ist das Land noch besser daran als Österreich, denn es kann wenigstens leben.

Die Tschechoslowakei und Jugoslabien organisieren sich. Wie bekannt, wird das erste Land gebildet aus dem alten Königreich Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien, während das zweite umfaßt Serbien, Montenegro, Dalmatien

und die slavischen Teile von Kärnten, Steiermark und Istrien. Die große Verschiedenheit der in diesen Ländern enthaltenen Völkergruppen wird eine Festigung sehr schwer machen. Am Adriatischen Meer kreuzen sich die Interessen der Jugoslawen mit denjenigen der Italiener.

Rumänien wird sich bemühen, seine Herrschaft in den ihm zufallenden Ländern zu einer dauernden zu machen; es hat bekommen Siebenbürgen, das Banat und die Bukowina.

In einer schwierigen Lage befindet sich **Polen**, das in imperialistischen Machtgelisten etwas undvorsichtig gegen Rußland zu Felde zog. Es ist von den Armeen Soviet-Rußlands gründlich geschlagen worden, und es ist heute noch nicht abzusehen, wie sich das Schicksal dieses unglücklichen Landes gestalten wird.

Es ist schwer, sich über die innern Zustände in **Rußland** ein Bild zu machen, da die Nachrichten sich oft widersprechen. Immerhin scheint so viel sicher zu sein, daß unter dem Schreckensregiment der Lenin, Trotzky und Genossen immer noch das Chaos herrscht. In der äußern Politik dagegen hat der Bolschewismus große Erfolge aufzuweisen. Seit die Entente ihre Truppen zurückgezogen hat und sich um Rußland nicht mehr zu kümmern scheint, sind die militärischen Gegner Kolschak, Judenitsch und Denikin geschlagen worden, und die Offensive der polnischen und ukrainischen Truppen ist mit Erfolg abgewiesen worden. Es kommt dabei den bolschewistischen Machthabern zugute, daß die Interessen und Ansichten ihrer Gegner sich vielfach widersprechen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß mit dem Bestehen des Bolschewismus noch für einige Zeit gerechnet werden muß.

Griechenland wird sich auf Kosten von Bulgarien und der Türkei bereichern. Der geschickte Venizelos ist immer noch an der Spitze der Regierung. Die griechischen Truppen haben Thrazien besetzt und sind in Adrianopel eingezogen. Andere

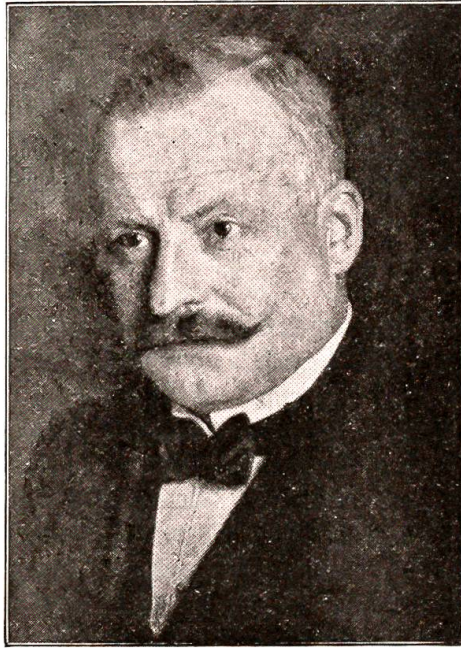
Truppenteile operieren in Klein-Asien und suchen Smyrna zu erreichen.

Die **Türkei** sollte anfänglich nur einige Bezirke in Anatolien behalten. Das ganze andere Gebiet, inbegriffen Mesopotamien, Syrien und Palästina, war von den Alliierten in Einflußzonen aufgeteilt worden. Später jedoch gewann die Ansicht die Oberhand, daß man den Sultan, als Oberherrscher des Islams, nicht allzusehr bedrängen dürfe, um gefährlichen Bewegungen der muselmanischen Untertanen von Frankreich und England vorzubeugen. Daher beschloß man, dem

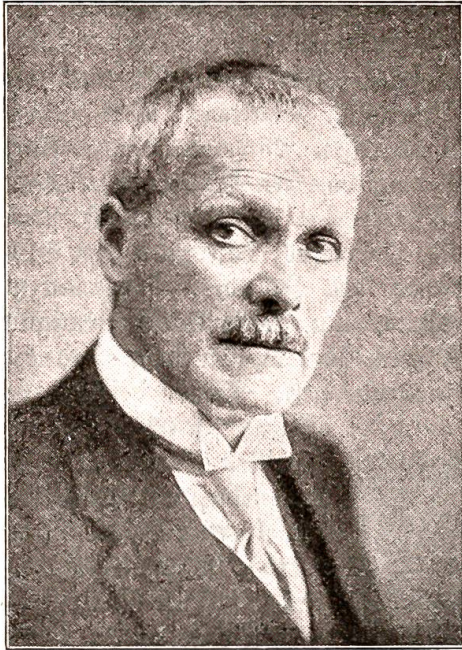
Sultan seinen Thron und ein gewisses Gebiet zu lassen, wobei immerhin die Stadt Konstantinopel einer Kontrolle unterstellt werden soll. Dabei hatte man nicht mit den türkischen Nationalisten gerechnet, die sich unter der Führung von Mustapha Kemal energisch gegen die Aufteilung der Türkei wehren. Gegenwärtig ist die ganze Frage noch ungelöst, und es ist nicht ausgeschlossen, daß England und Frankreich mit Waffengewalt die Lösung herbeiführen müssen.

Nach dem Friedensschlusse mit Deutschland kehrte Präsident Wilson nach den **Vereinigten Staaten** zurück, nachdem er vorher mit England einen Vertrag unterschrieben hatte, durch den die Ostgrenze Frankreichs garantiert wird. Bei seiner Rückkehr

erwartete ihn eine Reihe von Enttäuschungen. Im Senat, wo die Republikaner über die Mehrheit verfügen, stieß er auf heftigen Widerstand gegen die Ratifikation der von ihm abgeschlossenen Verträge. Die öffentliche Meinung in Amerika zeigte sich beunruhigt, die neue Regelung der Verhältnisse könnte dem Lande neue Lasten auferlegen und es in unheilvoller Weise mit der europäischen Politik verknüpfen. Auf einer Propagandareise, die Präsident Wilson zur Verfechtung seines Standpunktes unternahm, wurde er von schwerer Krankheit erfaßt und dadurch genötigt, sich vom Schauplatz zurückzuziehen. Die Vereinigten Staaten haben sich auch heute



Giuseppe Motta.
Bundespräsident für 1920.



Bundesrat Ernest Chuard.



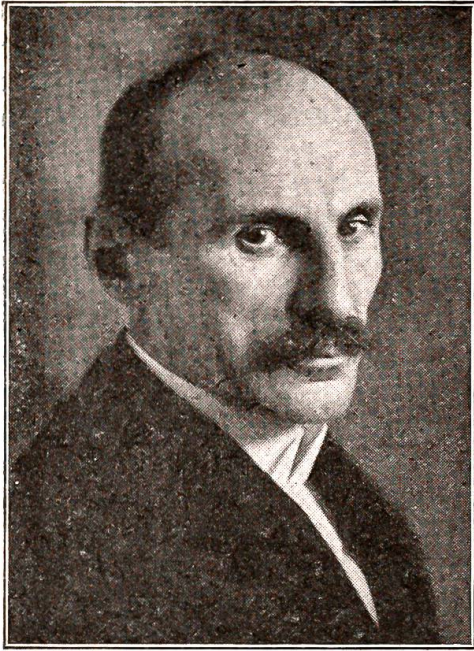
Bundesrat Dr. Jean Musy.

noch über den Friedensvertrag und den Völkerbund nicht endgültig ausgesprochen. Es besteht demgemäß die eigentümliche Sachlage, daß die Vereinigten Staaten sich mit Deutschland formell noch im Kriegszustand befinden. — Der Feldzug für die im Herbst dieses Jahres stattfindende Präsidentschaftswahl hat bereits begonnen. Die Kandidatur Wilson hatte keinen Erfolg, sondern es wurde von der demokratischen Partei als neuer Kandidat aufgestellt James Middleton Cox, Gouverneur von Ohio, während die Republikaner M. Warren G. Harding, einen bekannten Politiker aus dem gleichen Staat, als Kandidaten aufstellen. Eine gewisse Rolle spielt im Wahlkampf die Frage des Alkoholverbotes. Seit 1. Juli 1919 ist die Herstellung und der Verkauf alkoholischer Getränke auf dem ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten verboten. Es ist anzunehmen, daß dieses Verbot trotz zahlreicher Widerstände aufrechterhalten bleibt, und es wird interessant sein, die Wirkung dieser Maßnahmen festzustellen. — Eine andere wichtige innere Angelegenheit ist die Negerfrage. Mit der Begründung, daß die schwarzen Bürger der Union im Kriege ebenso gute Dienste geleistet hätten, wie ihre weißen Mitbürger, haben die Neger eine

Bewegung eingeleitet, die ihre politische Gleichberechtigung verlangt. Die Bewilligung dieser Forderung würde zur Folge haben, daß in einigen Südstaaten, wo die Neger die Mehrheit der Bevölkerung bilden, Regierung und Verwaltung in die Hände der Schwarzen überginge, was von der weißen Bevölkerung als unerträglich angesehen wird. — Trotz der Beteiligung am Kriege herrscht in den Vereinigten Staaten großer Wohlstand, und es ist dieses Land zurzeit Gläubiger der übrigen Erde. Auch die Schweiz hat in neuester Zeit bei Amerika ein größeres Anleihen aufnehmen müssen.

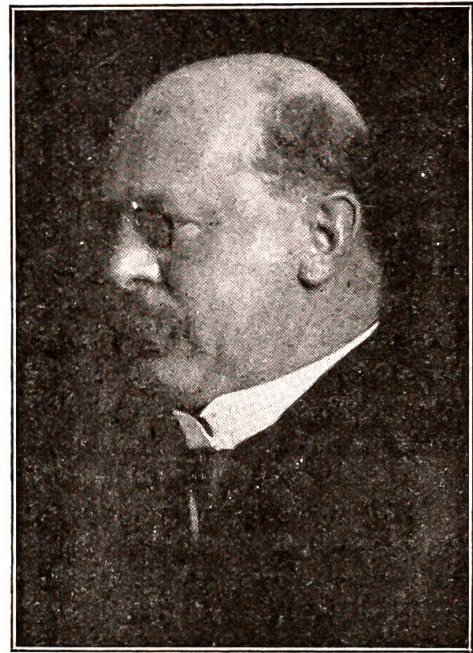
Schweiz.

Kurz vor dem Kriege war der sogenannte Gotthardvertrag abgeschlossen worden, der seinerzeit besonders in der welschen Schweiz viel Staub aufgewirbelt hat. Der Bundesrat hat nun eine Motion angenommen, die auf eine Revision dieses Vertrages hinzielt. — Auf den 1. Juli 1919 wurden zur Freude der Hausfrauen die folgenden Lebensmittelkarten aufgehoben: Fett und Öl, Teigwaren, Grieß, Haferprodukte und Gerste. — Um die Sozialversicherung durchzuführen, wird der Bundesrat eine Steuer auf Bier und Tabak



Bundesrat Heinrich Häberlin.

und eine Erbschafts- und Schenkungssteuer vorschlagen, von denen auch für die Kantone etwas abfallen soll. — Vom 10. Juli 1919 an fallen die fleischlosen Tage fort. — Wegen eines Streiks der Maschinenseher erscheinen vom 14. bis 17. Juli 1919 viele schweizerische Zeitungen nicht. Bald nachher bricht ein Generalstreik in Basel aus, veranlaßt durch den Streik der Färbereiarbeiter, und ergreift am 1. August auch Zürich. In Basel werden bei Zusammenstößen zwischen der Truppe und den Streikenden 5 Personen getötet. Der Streik dauert in Zürich bis am 5., in Basel bis am 8. August. — Am 10. August 1919 hat das Schweizervolk das Gesetz über die Proportionalwahl des Nationalrates mit 296,000 gegen 78,000 Stimmen angenommen. — Mit 11,235 gegen 8250 Stimmen hat sich die sozialistische Partei gegen den Eintritt der schweizerischen Sozialisten in die dritte Internationale ausgesprochen. Basel, Zürich, Schaffhausen und Genf waren dafür. Von 55,000 Mitgliedern haben nur 21,555 gestimmt. — Am 26. Oktober fand die Neuwahl des Nationalrates nach dem neuen Proportionalwahlverfahren statt, mit folgenden Ergebnissen: Die stärkste Gruppe bleibt die alte freisinnige Partei mit 60 Sitzen gegen 102 austretenden. Hierauf folgt die katho-



Bundesrat Karl Scheurer.

liche Partei, die ihren Bestzustand beibehalten hat; es fallen ihr 41 Sitze zu, wie den Sozialisten, die vorher nur 19 hatten. Der Proporz korrigiert hier also eine Ungerechtigkeit des frühern Systems. Die neue Bauernpartei ist durch 28 Mitglieder vertreten. Das Zentrum hat statt 11 nur 9 Vertreter, außerdem sind da drei Grütliauer, drei Mitglieder der sozialpolitischen Gruppe und 4 Wilde. Von 930,000 Stimmberechtigten haben 720,000 gestimmt. Für die sozialistische Partei bedeutet die Wahl eine große Enttäuschung, da sie auf eine Vertretung von 60—70 Mitgliedern gerechnet hatte. Ihre Listen vereinigten etwa 150,000 Stimmen auf sich, also etwa den 5. Teil der Stimmenden.

Der neue Nationalrat und der Ständerat traten am 1. Dezember 1919 zusammen. Seit vielen Jahren zum erstenmal waren 3 Bundesräte neu zu wählen an Stelle des verstorbenen Müller, Bern, des zum Direktor des Weltpostbureaus gewählten Decoppet, Waadt, und des aus Altersrücksichten demissionierenden Ador, Genf. Die übrigen 4 Bundesräte Motta, Schultheß, Calonder und Haab wurden ohne Schwierigkeiten wiedergewählt. An Stelle von Müller wurde gewählt Scheurer, an Stelle von Decoppet Chuard und an Stelle von Ador Muff. Bemerk-

fenswert an diesem Wahlgeschäft war, daß an Stelle von Decoppet nicht der offizielle Kandidat Maillefer, auf den sich die Parteien zum großen Teil geeinigt hatten, gewählt wurde, sondern Chuard.

Zum Bundespräsidenten für das Jahr 1920 wurde gewählt Motta. Seit seinem Eintritt in den Bundesrat 1912 hatte er das Finanzdepartement inne, das er während der Kriegsjahre bis Ende 1919 führte. Es ist nicht zu verwundern, daß der Neugewählte dieses in der gegenwärtigen Zeit mühsamste Departement gerne mit dem politischen tauschte. Motta war schon im Jahre 1915 Bundespräsident.

Karl Scheurer wurde geboren in Sumiswald im Jahre 1872. Nachdem er seine juristischen Studien in Neuenburg, Bern und Berlin absolviert hatte, praktizierte er mit großem Erfolg als Anwalt in Bern. Schon im Jahre 1901 wurde er in den Großen Rat gewählt, dem er bis 1910 angehörte, als er in den Regierungsrat des Kantons Bern gewählt wurde. Nachdem er hier zuerst als Militär- und Justizdirektor tätig war, wurde ihm die wichtigste Direktion, die Finanzdirektion, übertragen. Schon sein Vater hatte mit großem Erfolg die bernischen Finanzen geleitet. Der Bundesrat hat dem Neugewählten das Militärdepartement übertragen, dem ein Chef mit der reichen Erfahrung und dem zielbewußten Wesen Scheurers wohl anstehen wird. Im Militär bekleidet Scheurer den Rang eines Obersten der Artillerie.

Ernest Chuard wurde geboren in Corcelles bei Payerne im Jahre 1857. Er studierte Chemie in Lausanne und Würzburg. Hierauf wirkte er in verschiedenen Lehrstellen am kantonalen Gymnasium und hierauf an der Akademie und an der kantonalen Landwirtschaftsschule in Lausanne. Auch in der Politik seines Heimatkantons spielte Chuard eine große Rolle; im Nationalrat war er seit 1907.

Jean-Marie Mury stammt aus dem Greizerland. Geboren im Jahre 1876, ist er der jüngste Bundesrat. Nach juristischen Studien in Freiburg, München, Berlin und Wien ließ er sich in Bulle als Anwalt nieder. Im Jahre 1911 wurde er in den Staatsrat des Kantons Freiburg gewählt, wo er während 8 Jahren mit großem Geschick das Finanzdepartement leitete. Seit 1914 war er Nationalrat.

Am 12. Februar 1920 wurde an Stelle von Bundesrat Calonder, der sich leider aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amt zurückziehen mußte, Heinrich Häberlin, Thurgau, zum Bundesrat gewählt.

Der Neugewählte wurde geboren im Jahre 1868 in Weinfelden. Nach juristischen Studien in Zürich, Leipzig und Berlin eröffnete er ein Anwaltsbureau in seiner Vaterstadt, von wo er dann nach Frauenfeld übersiedelte. Auch er machte eine rasche und glänzende politische Karriere. Besonderes Lob erntete er von allen Parteien als Präsident des Nationalrates. Im Militär brachte es Häberlin bis zum Obersten der Infanterie.

Im verflossenen Jahre ist viel geredet und geschrieben worden über den Anschluß des Vorarlbergs an die Schweiz. Durch eine Abstimmung hatten sich die Bewohner dieses kleinen an die Schweiz grenzenden österreichischen Landes für den Anschluß an die Schweiz ausgesprochen. Bei der Entente fanden aber ihre Bestrebungen keine Unterstützung. Die Bewegung ist jetzt noch nicht zur Ruhe gekommen, und diese Frage kann wohl noch nicht als endgültig gelöst betrachtet werden.

Am 21. März 1920 hat das Schweizervolk die Initiative auf Abschaffung der Spielbanken mit 280,000 gegen 220,000 Stimmen angenommen; verworfen wurde dagegen mit kleiner Mehrheit das Gesetz über die Regelung des Arbeitsverhältnisses, gegen das das Referendum ergriffen worden war.

Ein wichtiges Datum in der Geschichte der Schweiz ist der 16. Mai 1920, als das Schweizervolk berufen war, über die Frage des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund abzustimmen. Im Nationalrat war der Beitritt mit 115 gegen 55 Stimmen, im Ständerat mit 30 gegen 6 Stimmen angenommen worden. Das Volk hat seinen Vertretern recht gegeben und den Beitritt mit 416,870 gegen 323,719 Stimmen angenommen. Es war hier besonders die welsche Schweiz, die die größte Zahl von Jafragern stellte. Die große Zahl der verwerfenden Stimmen zeigt deutlich, wie zahlreich die Bedenken in der Schweiz gegen den Völkerbund waren. Hoffen wir, daß das Ergebnis der Abstimmung die Schweiz auf den richtigen Weg gewiesen hat, und daß sich die Erwartungen der Freunde des Völkerbundes zum Nutzen der Schweiz und der ganzen Welt erfüllen mögen.